

AMTSBLATT

DER BUNDESSTADT BONN

45. Jahrgang

13. November 2013

Nummer 50

Niederschrift
über die Sitzung des Rates der Stadt Bonn
am Montag, dem 06.05.2013, um 20.00 Uhr,
im Ratssaal, Stadthaus, Berliner Platz 2

	Niederschrift	
	<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nicht öffentlich
	Drucksachenummer	
	1313525NO	
Sitzung	Rat	
		IX/38
Sitzungstag	06.05.2013	
Sitzungsort	Stadthaus, Ratssaal - Sondersitzung -	
Beginn	20:00	Uhr
Ende	21:23	Uhr

Seite

Tagesordnung

1	Öffentliche Sitzung	968
1.1	Anerkennung der Tagesordnung	968
1.2	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates	968
	- entfällt -	
1.3	Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen	968
1.3.1	Drucksachen-Nr.: <u>1311344</u> Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung des Oberbürgermeisters betr. WCCB: Planung zur Herstellung der Multifunktionalität des Großen Saales	
1.4	Vorlagen aufgrund von Empfehlungen der Bezirksvertretungen und der Ausschüsse	968
1.4.1	Drucksachen-Nr.: <u>1311218</u> WCCB: Planung zur Fertigstellung des Konferenzzentrums WCCB	
1.4.2	Drucksachen-Nr.: <u>1311470</u> Schaffung einer viergruppigen Tageseinrichtung für Kinder als Vorlaufbetrieb im Stadtteil Dransdorf	972
1.5	Anträge von Fraktionen	972
	- entfällt -	
1.6	Vorlagen der Verwaltung	972
	- entfällt -	

1.7	Mitteilungen	972
1.7.1	Drucksachen-Nr.: <u>1311220</u> WCCB: Aktueller Sachstand zur Herstellung einer Fassade für das Parkhaus am WCCB	
1.7.2	Drucksachen-Nr.: <u>1311442</u> Punkte der nichtöffentlichen Sitzung	973
1.8	Aktuelle Informationen der Verwaltung	973

1 Öffentliche Sitzung

Oberbürgermeister Nimptsch eröffnet um 20:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Rates. Auf seine Frage, ob Bedenken gegen eine Übertragung der Sitzung im Internet bestehen, werden keine Einwände erhoben.

1.1 Anerkennung der Tagesordnung

Beschluss: (einstimmig)

Die mit der Einladung vom 30.04.2013 zur 38. öffentlichen Sitzung des Rates am 06.05.2013 übersandte Tagesordnung wird anerkannt; der Behandlung der zur Tagesordnung nachgereichten Beratungsgegenstände betr.

- die Beschlussvorlage zur Schaffung einer viergruppigen Tageseinrichtung für Kinder als Vorlaufbetrieb im Stadtteil Dransdorf unter TOP 1.4.2

wird zugestimmt.

1.2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates

- entfällt -

1.3 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

1.3.1

Drucksachen-Nr.: 1311344

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung des Oberbürgermeisters betr. WCCB: Planung zur Herstellung der Multifunktionalität des Großen Saales

Beschluss: (einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke)

Die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Oberbürgermeisters wird genehmigt.

Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 GO NW

1. Die Planung zur Fertigstellung des Konferenzentrums WCCB beinhaltet die Herstellung der Multifunktionalität des Großen Saales durch mittige Teilbarkeit gemäß dem nachträglichen, dringlichen Wunsch der Vereinten Nationen in Ergänzung der ursprünglichen Anforderungen an das Konferenzzentrum. Die Teilung wird mittels an Deckenschiene fahrbaren Elementschiebewänden hergestellt, die in der Parkposition dauerhaft im Saal verbleiben. Die Parkposition der Wandelemente wird so gewählt, dass großer und kleiner Hauptsaal weiterhin gemeinsam genutzt werden können.
2. Die Planung zur Saalteilung wird zunächst für die Leistungsphasen 3 und 4 (Entwurfsplanung und Genehmigungsplanung) beauftragt, um im Planungsprozess keine weitere zeitliche Verzögerung eintreten zu lassen. Über die Beauftragung weiterer Leistungsphasen ist dann im Bedarfsfall zu beschließen. Die Schätzkosten für die Beauftragung der Leistungsphasen 3 und 4 betragen netto ca. 324.000,00 EUR.
3. Die Teilung des Saales wird im Planungsprozess so aufgenommen, dass die Herrichtung der Konzerttauglichkeit als zusätzliches Planungsziel weiterhin möglich bleibt. Über die Herrichtung der Konzerttauglichkeit ist im Zuge der Beschlussfassung über die Gesamtplanung zu entscheiden.

1.4 Vorlagen aufgrund von Empfehlungen der Bezirksvertretungen und der Ausschüsse

1.4.1

Drucksachen-Nr.: 1311218

WCCB: Planung zur Fertigstellung des Konferenzentrums WCCB

Beschluss: (ziffernweise Abstimmung

Ziffer 1.: Mehrheit gegen Linke bei Enth. Stv. Schmitt und Stv. Schott- - beide BBB -

Ziffer 2.: einstimmig bei Enth. Linke und Stv. Schmitt und Stv. Schott- - beide BBB -

Ziffer 3.: einstimmig bei Enth. Linke und Stv. Schmitt und Stv. Schott- - beide BBB -

Ziffer 4.: einstimmig bei Enth. Stv. Schmitt und Stv. Schott- - beide BBB -

Ziffern 5 und 6.: Mehrheit gegen SPD und Linke bei Enth. Stv. Schmitt und Stv. Schott- - beide BBB -

Ziffer 7.: Mehrheit gegen SPD bei Enth. Linke und Stv. Schmitt und Stv. Schott- - beide BBB -

)

1. Der Fertigstellung des WCCB wird zugestimmt.

Hierbei werden gemäß den Vorschlägen der Oberbürgermeister in Abweichung von der ursprünglichen Planung folgende Nachträge berücksichtigt:

- Teilung des Großen Saales
- Umplanung der Küche

Der Nachtrag „Teilung des großen Saales“ wird berücksichtigt, um den Anforderungen der UN zu entsprechen. Gemäß den Ausführungen der Verwaltung wurde die Teilung des großen Saals, die in der ursprünglichen Planung nicht vorgesehen war, von der UN erst nachträglich gewünscht.

Der Nachtrag „Umplanung der Küche“ wird berücksichtigt, weil die ursprüngliche Planung der Küche gemäß den Ausführungen der Verwaltung unzureichend ist und ein Umbau technisch erforderlich und auch wirtschaftlich geboten ist. Insofern ist der diesbezügliche Aufwand nicht durch die geplante Trennung von Konferenzzentrum und Hotel bedingt, d.h. es handelt sich hierbei nicht um „trennungsbedingte“ Kosten.

Der Rat geht davon aus, dass von der Verwaltung:

- unter Berücksichtigung des bereits erreichten Planungs- und Fertigstellungsstandes nur solche Planungsleistungen (Grundleistungen und besondere Leistungen gemäß HOAI) beauftragt werden, die zwingend erforderlich sind
- hierbei geprüft ist, ob und inwieweit bei der Fertigstellung des Konferenzzentrums und bei den Nachträgen Genehmigungsplanungen aufgrund öffentlich-rechtlicher Vorschriften zwingend erforderlich sind.

Der Rat geht des Weiteren davon aus, dass Rück- und Umbaumaßnahmen nur insoweit erfolgen, wie deren Angemessenheit und Wirtschaftlichkeit vom Oberbürgermeister geprüft wurde.

Die Ergebnisse der Ausführungsplanung mit Kostenberechnung sind den Ratsgremien zeitnah vorzustellen. Kostenabweichungen sind dem Rat unverzüglich mitzuteilen.

2. Der Oberbürgermeister prüft die Wirtschaftlichkeit der Investitionen zur Nutzung des Großen Saales als Konzertsaal und legt das Ergebnis dem Rat umgehend vor.

Dieser Nachtrag wird berücksichtigt, weil er sich in der Zeit, in der die Beethovenhalle wegen notwendiger Sanierungen für Konzerte und das Beethovenfest nicht zur Verfügung steht, aber auch, da er allgemein zu einer besseren Auslastung des Konferenzzentrums, des Hotels und des Parkhauses führen kann, als wirtschaftlich sinnvoll erweisen kann.

Gemäß den Angaben des Oberbürgermeisters führt dieser Nachtrag nicht zu weiteren Zeitverzögerungen, weil er zeitgleich mit dem unter 1. genannten Nachträgen realisiert werden kann.

3. Dem Vorschlag des Oberbürgermeisters zur Einschaltung eines Generalunternehmers (GU) wird zugestimmt.

Grundlage für diesen Beschluss ist die Darstellung des Oberbürgermeisters nach dem der durch Einschaltung eines GU bedingte Mehraufwand aus folgenden Gründen wirtschaftlich gerechtfertigt ist: Deutliche Verkürzung der Bauzeit, Ausschaltung der bei Einzelvergaben vorhandenen Vergaberisiken, Vorteile bei der Sicherung von Gewährleistungsansprüchen.

Der Oberbürgermeister stellt zur nächsten Sitzung des UA Konferenzzentrums in einer Mitteilungsvorlage dar,

- ob es wirtschaftlich geboten ist, die Einschaltung eines GU auf alle noch ausstehenden Gewerke/Kostengruppen bzw. auf alle darunter fallenden Einzelposten zu beziehen, oder ob bestimmte Gewerke/Kostengruppen (Einzelposten) auszunehmen sind.
- ob es geboten ist, bei Einschaltung eines GU den unter der Kostengruppe 700 (Baunebenkosten) erfassten Aufwand zu reduzieren
- wie bei Einschaltung eines GU die Schnittstellen zwischen GU und Generalplaner und Projektsteuer ausgestaltet werden sollen.

4. Die Fassadenarbeiten am Parkhaus werden bis auf weiteres zurückgestellt

Nach Darstellung des Oberbürgermeisters befindet sich das Parkhaus bereits jetzt in einem betriebsfähigen Zustand. Es wurde auch bereits von der BonnCC in Betrieb genommen. Insofern handelt es sich bei den noch ausstehenden Fassadenarbeiten um Maßnahmen, deren Ausführung zurzeit weder aus bau- oder betriebstechnischen noch aus baurechtlichen Gründen zwingend erforderlich sind.

5. Das Gesamtbudget wird auf 65 Mio. Euro gedeckelt.

Die Summe ergibt sich aus den vom Oberbürgermeister für die unter Ziffer 1 dieses Antrages genannte Ausbauvariante zur Verfügung gestellten Zahlen. Allerdings wird ein GU-Zuschlag von 10% angenommen. Darüber hinaus wurden die von der Verwaltung vorgesehenen Kosten für Unvorhersehbares sowohl für die Herstellungskosten als auch für die Baunebenkosten in Bezug auf das Kongressgebäude und in Bezug auf die Abgeordneten Häuser jeweils auf 0 gesetzt. Zudem entfallen zunächst für die Jahre 2013 und 2014 die Kosten für die Fertigstellung des Parkhauses (Vergl. Ziffer 4 des Antrages).

Sollten weitere bisher nicht absehbare Kosten entstehen, welche nicht aus dem genannten Gesamtbudget gedeckt werden können, sind diese dem Rat unverzüglich zur Entscheidung vorzulegen.

Zur Budgetkontrolle werden dem Rat monatliche Projektfortschrittsberichte vorgelegt. Die Berichte sind so tabellarisch aufzubereiten, dass zu allen Kostengruppen und Nachträgen die jeweiligen Ausgangsbudgets sowie die aktuellen Kosten- und Ausführungsstände sowie auf den Fertigstellungszeitpunkt bezogene Prognosen dargestellt werden.

6. Der Fertigstellungstermin wird auf von bisher 31.03.2014 auf den 31.08.2014 verändert.

Der Oberbürgermeister hat bisher als verbindlichen Termin für das späteste Ende der Fertigstellung des Konferenzentrums der 31.03.2014 genannt. Gemäß den Ausführungen des Oberbürgermeisters ist das der Termin, zu dem das Konferenzzentrum in Betrieb genommen werden kann, d. h. die Bescheinigung zur abschließenden Fertigstellung durch das Bauordnungsamt der Stadt Bonn vorliegt oder zumindest die Gestattung der vorzeitigen Inbenutzungsnahme erfolgt ist.

Gemäß den Angaben des Oberbürgermeisters ist für die o.g. Nachträge ein zusätzlicher Zeitbedarf (Planung und Ausführung) von bis zu vier Monaten erforderlich. Wegen der vom Oberbürgermeister verspätet vorgelegten Beschlussvorlagen (12.4.2013 statt 22.3.2013) ist ein Zeitverzug von einem Monat entstanden. Der vom Oberbürgermeister bisher verbindlich als spätestster Termin genannte Fertigstellungstermin (31. März 2014) muss deshalb um bis zu 5 Monate verlängert werden, so dass sich als neuer Termin für das späteste Ende der 31.08.2014 ergibt.

7. Der Rat erwartet, dass der Oberbürgermeister im Rahmen seiner Gesamtverantwortung darüber hinaus alles unternimmt, um die Fertigstellung des Kongresszentrums mit den im Haushalt bisher zur Verfügung stehenden Finanzmitteln von 60 Mio. Euro (51,5 Mio. Euro Haushaltsansatz + 8,5 Mio. Euro Haushaltsreste aus 2012) und im angegebenen Zeitrahmen (bis 31.08.2014) fertig zu stellen, um die ohnehin schon angespannte Finanzlage der Stadt nicht noch weiter durch das WCCB zu belasten. Dazu ist aus Sicht des Rats insbesondere die Bauherrenfunktion des SGB zu stärken.

Der Oberbürgermeister wird verpflichtet, eine über 60 Mio. Euro hinausgehenden Mittelbedarf in jedem Einzelfall zu begründen und sich vom Rat genehmigen zu lassen.

- - -

Zu Beginn einer ausführlichen Aussprache begründet Stv. Dr. Gilles –CDU- den dem vorstehenden Beschluss entsprechenden Änderungsantrag seiner Fraktion, der Fraktion Bündnis90/Grüne, der

FDP-Fraktion und von Stv. Wimmer –BBB- (1311218AA9). Bisher sei man hinsichtlich der Fertigstellungs-kosten und des Fertigstellungszeitpunktes von einer klar definierten Geschäftsgrundlage ausgegangen. Heute wisse man, dass diese nicht mehr zutreffe. Er merkt kritisch an, dass die Verwaltung trotz deutlicher Signale, wie z.B. Kostensteigerungen bei den Abgeordnetenhäusern, nicht rechtzeitig und umfassend informiert habe. Er sehe Widersprüche insbesondere bei den Rückbaukosten über die die Verwaltung zum Stichtag 22.04.13 berichtet habe. Dort sei der auf 7,1 Mio. EURO bezifferte Betrag einmal mit dem Hinweis versehen worden, dass in diesen Kosten die zum Wiederaufbau erforderlichen Leistungen nicht enthalten seien, wohingegen es an anderer Stelle heiße, „Kosten für Rückbau mangelhafter Leitungen und Wiederherstellungskosten“ Auch seien für ihn die durch den Generalplaner vorgesehenen Zuschläge für Kostensteigerungen und Unvorhergesehenes in der genannten Größenordnung bei einem derart durchgeplanten Projekt nicht nachvollziehbar. Was die Projektsteuerung und –organisation angehe, bestehe ebenfalls Handlungsbedarf. Die Verantwortung läge hier beim Oberbürgermeister.

Stv. Schröder –FDP- unterstreicht ungeachtet der Detaildiskussion die grundsätzliche Bedeutung des Projektes für Bonn. Schließlich wolle man heute den Weiterbau des für Bonn wichtigen Konferenzentrums beschließen, welches den weiteren Erhalt Bonns als UN-Stadt sichere. Die Kostenbremse werde auch von seiner Fraktion begrüßt und es sei sinnvoll, einen zeitlichen Druck aufzubauen. Allerdings seien die Verzögerungen auch auf die Wünsche der UN zurückzuführen.

Stv. Frau Richter –SPD- stimmt den Ausführungen ihres Vorredners zu. Sie begrüßt die dichte Folge von Sitzungen in der zahlreiche Fragen beantwortet werden konnten und begründet den Änderungsantrag ihrer Fraktion. Sie weist darauf hin, dass konkrete Zahlen erst nach den Ausschreibungen zu erwarten seien und sieht die Deckelung der Kosten daher kritisch. Was die Konzerttauglichkeit angehe, so solle man auch darstellen, wie realistisch eine langfristige Buchbarkeit sei und was den Zeitplan angeht, so wolle man auch wissen, welche Kosten denn eine strikte Einhaltung nach sich ziehen würde. Im Übrigen sei die Einplanung einer Summe für Unvorhergesehenes durchaus sinnvoll.

Stv. Finger –Bündnis90/Grüne- sieht trotz der Notwendigkeit einer weiteren Aufarbeitung in der heutigen Entscheidung ein wichtiges Signal nach außen. Die Streichung der Zuschläge für „Unvorhergesehenes“ sei in Verbindung mit einer verstärkten Controlling sinnvoll. Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion sei nicht überzeugend und auch der Zeitplan sei aus seiner Sicht plausibel. Aufgrund der heutigen Entscheidung könnten bereits ab dem vierten Quartal Buchungen für das Kongresszentrum entgegengenommen werden. Was das Hotel angehe, so erwarte man eine vergleichende Gegenüberstellung der verschiedenen Möglichkeiten. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, dass dies heute ein guter Tag für das Konferenzzentrum und für Bonn sei.

Stv. Dr. Faber –DieLinke- betont, dass seine Fraktion sich stets konstruktiv verhalten habe mit dem Ziel, die negativen Folgen in Grenzen zu halten. Daher habe man auch dem Heimfall zugestimmt. Den nunmehr vorgesehen Weg könne man jedoch nicht mittragen: Hotel und WCCB seien in betrieblicher und finanzieller Hinsicht eine Einheit, die man nicht trennen dürfe. Er hinterfragt kritisch, ob die Anpassung an das Anforderungsprofil der Vereinten Nationen nicht überzogen sei und hält den Verzicht auf eine Kostenposition für „Unvorhergesehenes“ für naiv. Man akzeptiere die Bedeutung des Projektes für den Konferenzstandort Bonn, könne aber den vorgeschlagenen Weg so nicht mitgehen.

Stv. Schott –BBB- nimmt Bezug auf den vergangenen Beratungsverlauf. Gleichwohl seien noch viele Fragen offen und er halte den Sitzungszeitpunkt für verfrüht. Das Projekt sei für die ehrenamtlichen Ratsmitglieder mit vielen Fallstricken und Unwägbarkeiten verbunden und man habe das Heft des Handelns immer noch nicht in der Hand. Das WCCB sei ein Fass ohne Boden und das Geld fehle in anderen Bereichen. Er bedauert, dass die Alternative eines kompletten Verkaufs bisher noch nicht in Betracht gezogen worden sei. Es fehle mittlerweile auch das Vertrauen in die Planer. Das Abstimmungsverhalten der BBB-Fraktion sei differenziert: Er und Stv. Schmitt würden sich enthalten.

Vor Einleitung der Abstimmung erklärt Oberbürgermeister J. Nimptsch, dass es auch das Ziel der Verwaltung sei, dass Kongresszentrum so schnell wie möglich fertigzustellen. Der Rat werde weiterhin umfassend informiert. Die Projektstruktur werde noch einmal durch einen weiteren externen Fachmann verstärkt. Er wendet sich gegen den Vorwurf, den Rat nicht umfassend und rechtzeitig informiert zu haben und die Mutmaßung, er könne aus taktischen Gründen ein Motiv haben, die Kosten hoch darzustellen, sei völlig abwegig

Frau Stv. Richter –SPD- bittet um ziffernweise Abstimmung und Stv. Dr. Gilles –CDU- bittet um Aufklärung der von ihm dargestellten Widersprüche bei den Rückbaukosten.

Alsdann stimmt der Rat in ziffernweiser Abstimmung über den Änderungsantrag 1311218AA9 mit dem vorstehenden Abstimmungsergebnis ab, wobei hinsichtlich der Ziff. 5 und 6 zunächst über die Formulierung aus dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion 1311218AA10 abgestimmt wird, wobei beide Ziffern jeweils mehrheitlich abgelehnt werden.

- - -

Der abgelehnte Änderungsantrag der SPD-Fraktion (DS-Nr.: 1311218AA10) hatte folgenden Inhalt:

„Zu Punkt 5:

Der Rat gibt zunächst eine Bausumme von 65 Mio. frei. Nach Abschluss der GU Ausschreibung und der bis dahin weiter geführten Planungen und bereits abgerechneten Leistungen für die Abgeordneten Häuser, wird die Verwaltung den Rat über die genaue Kostenentwicklung informieren. Sollte das Budget von 65 Mio. nicht ausreichen, wird die Verwaltung dem Rat die Überschreitung begründen und Lösungsvorschläge vorlegen.

Zu Punkt 6:

Das Kongresszentrum soll möglichst bis zum 31.08.2014 fertiggestellt werden. Die Verwaltung legt dar welche Mehrkosten entstehen wenn der Baufortschritt beschleunigt wird.“

Die ursprüngliche Vorlage der Verwaltung hatte folgenden Inhalt:

I. Der in der Sitzung des Unterausschusses Konferenzzentrum am 12.04.2013 vorgestellten Planung zur Fertigstellung des Konferenzzentrums WCCB wird zugestimmt. Hierbei wird eine Vorzugsvariante (Anlage 2) verfolgt, die als wesentliche Planungsvorgaben neben Grundausbau und Ausstattung des Konferenzgebäudes auch die Teilung des Großen Saales sowie die Umplanung der Küche beinhaltet und die Fertigstellung des Konferenzgebäudes durch einen Generalunternehmer vorsieht.

II. Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Fortsetzung der Fertigstellung noch erforderlichen Haushaltsmittel in 2015 zum nächsten Doppelhaushalt 2015/2016 anzumelden.

1.4.2

Drucksachen-Nr.: **1311470**

Schaffung einer viergruppigen Tageseinrichtung für Kinder als Vorlaufbetrieb im Stadtteil Dransdorf

Beschluss: (einstimmig)

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Planung, Ausschreibung und Beauftragung für die Errichtung einer Kindertageseinrichtung mit vier Gruppen der Gruppenform II (jeweils 10 Kinder von 4 Monaten bis 3 Jahre) durchzuführen.

Die Errichtung erfolgt in Containerbauweise in unmittelbarer Nähe des städtischen Grundstücks am Wendehammer der Mörikestraße und dient als Provisorium bis zur Fertigstellung des endgültigen Kindergartens auf dem städtischen Grundstück. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Grundstückseigentümerin Vebowag die temporäre Überlassung des Grundstücks für den Containerbau zu verhandeln.

1.5

Anträge von Fraktionen

- entfällt -

1.6

Vorlagen der Verwaltung

- entfällt -

1.7

Mitteilungen

1.7.1

Drucksachen-Nr.: **1311220**

WCCB: Aktueller Sachstand zur Herstellung einer Fassade für das Parkhaus am WCCB

Mit Blick auf die zunächst zurückgestellte sog. „Mikado-Fassade“ verweist Frau Stv. Juhr –FDP- auf die von der Fertigstellung abhängige Aufstellung des Kiosks und fragt nach dem Zeitpunkt der Fertigstellung. Hierzu verweist Oberbürgermeister Nimptsch auf den Förderverein für den, der zunächst die erforderlichen Mittel akquirieren müsse. Nach einem Hinweis von Frau Duisberg –SGB-, dass die Herstellung der Fassade eine Frage des Budgets sei, macht Stv. Hümrich darauf aufmerksam, dass die Fassadengestaltung auch eine Bauauflage sei, deren Erfüllung nicht unbegrenzt verzögert werden könne. Frau Duisberg informiert in diesem Zusammenhang darüber, dass die Baugenehmigung zunächst auf ein Jahr befristet sei.

Im Übrigen nimmt der Rat von der in der Einladung abgedruckten Mitteilung Kenntnis.

1.7.2 Drucksachen-Nr.: 1311442 **Punkte der nichtöffentlichen Sitzung**

Der Rat nimmt von der in der Einladung abgedruckten Mitteilung ohne Aussprache Kenntnis.

1.8 **Aktuelle Informationen der Verwaltung**

Aktuelle Informationen der Verwaltung liegen nicht vor.

gez. Jürgen Nimptsch
Oberbürgermeister

gez. Konrad Schmitz
Schriftführer

Anwesenheitsliste

RAT:
OB Nimptsch

Anlage 1
zur Niederschrift des Rates vom
06.05.2013

CDU:

Stv. von Alten-Bockum	ab 20.00 Uhr
Stv. Berg	“
Stv. Breuers	“
Stv. Cziudaj	“
Stv. Déus	“
Stv. Fenninger	“
Stv. Dr. Gilles	“
Stv. Gold	“
Stv. Großkurth	“
Stv. Härling	“
Stv. Hauser	“
Stv. Jackel	“
Bgm. Joisten	“
Stv. Klemmer	“
Stv. Krämer-Breuer	“
Stv. Lechner	“
Stv. Limbach	“
Stv. Maiwaldt	“
Stv. Nelles	“
Stv. Overmans	“
Stv. Reischl	“
Stv. van Schewick	“
Stv. Schwolen-Flümann	“
Stv. Steffens	“
Stv. Thorand	“
Stv. Weskamp	“

SPD:

Stv. Buhse	ab 20.00 Uhr
Stv. Coché	“
Stv. Esch	“
Stv. Ewald	“
Stv. Geudtner	“
Stv. Grenz	“
Stv. Harder	“
Stv. Hürter	“
Stv. Klingmüller	“
Stv. Kox	“
Stv. Krieger	“
Bgm. Naaß	“
Stv. Naß	“
Stv. Richter	“
Stv. Schaper	“
Stv. Schmidt	“

Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Stv. Beu	ab 20.00 Uhr
Stv. Finger	“
Stv. Freitag	“
Stv. Heinzel	“
Stv. Dr. Jobst	“
Bgm. Kappel	“
Stv. Lohmeyer	“
Stv. Mengelberg	“
Stv. Müller	“
Stv. Paß-Weingartz	“
Stv. Poppe	“
Stv. Schmitz	“
Stv. Smid	“
Stv. Trützler	“

FDP:

Stv. Dörtlemez	ab 20.00 Uhr
Stv. Hümmrich	“
Stv. Jühr	“

Stv. Kansy	ab 20.00 Uhr
Stv. Prof. Dr. Löbach	“
Stv. Obermann	“
Stv. Schröder	“
Stv. Dr. Stamp	“
Stv. Thomas	“

Bürger Bund Bonn:

Stv. Schmitt	ab 20.11 Uhr
Stv. Schott	ab 20.00 Uhr

DIE LINKE

Stv. Dr. Faber	ab 20.00 Uhr
Stv. Götz	“
Stv. Repschläger	“

Pro NRW:

Stv. Ernst	ab 20.00 Uhr
------------	--------------

Entschuldigt:

Stv. Kaupert –CDU-
Stv. Esser –SPD-
Stv. Klein –SPD-
Stv. Dr. Redeker –SPD-
Stv. Albert-Trappe –Grüne-
Stv. Bruder -FDP-
Stv. Wimmer –BBB-
Stv. Dogan –BIG-
Stv. Yildiz –BIG-

Verwaltung:

StK Prof. Dr. Sander
Bg Schumacher
Bg Wahrheit
Bg Wagner
Stellv. BL Duisberg
CD Braun
AL Dr. Hörig
AL Kömpel
AL Stein -51-
AL van Vorst
SSL Beißel
SSL Koch
Herr Birkner
Herr Dr. Pütz
Herr Schmitz
Herr Worm
Herr Zilm

Außerdem:

RA Gather

Ende der öffentlichen
Sitzung: 21:23Uhr